Sächsische Dorfzeitung

Bezugsbedingungen:

Die „Dorfzeitung" erscheint jeden Wochentag nachmittags 5 Uhr mit dem Datum des folgenden Tages. Die Bezugsgebühr beträgt 1.20 Mark vierteljährlich oder 60 Pfg. für jeden Monat. Die „Dorfzeitung" ist zu beziehen durch die kaiserlichen Postanstalten, die Landbriefträger und durch unsere Boten. Bei freier Lieferung ins Haus erhebt die Post noch die Zustellungsgebühr von 45 Pfg.

Telegramm-Adr.: Dorfzeitung Dresden.

Anzeiger für Stadt und Land

mit der Beilage: „Illustriertes Sonntags-Blatt"

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt, für das Kgl. Amtsgericht Dresden, die Kgl. Forstrentämter Dresden, Moritzburg, Tharandt und die Gemeinden Oberlößnitz und Radebeul.

Anzeigen-Preise:

Die einspaltige Zeile 15 Pfg., unter „Eingesandt" 40 Pfg. Anzeigen-Annahme erfolgt bis mittags 12 Uhr. — Annahmestellen sind: Unsere Geschäftsstelle, Kleine Meißner Gasse Nr. 4, Invalidendank, Haasenstein & Vogler, Rud. Mosse, G. L. Daube & Co. in Leipzig, Frankfurt a. M.; G. Mohl in Kesselsdorf; Hugo Mücksch in Niederschandau, Otto Dittrich in Rathendorf, Hugo Götz in Leubnitz-Neuostra, Emil Rollau in Radebeul, Rud. Grimm in Dresden-Wölfnitz, Friedrich Teichert in Cossebaude, Otto Kunath in Cotta, Max Heurich in Loschwitz.

Telephon: Dresden, Nr. 3916.

Nr. 194. Dresden, Dienstag, den 22. August 1905. 67. Jahrgang.

Das Neueste.

Eine halbamtliche Erklärung der deutschen Regierung spricht die bestimmte Erwartung aus, daß das englische Kanalgeschwader in Deutschland entsprechend den Anforderungen des Gastrechts und der Stellung einer mächtigen Nation empfangen werden wird.

In Straßburg ist der Deutsche Katholikentag eröffnet worden.

Der österreichische Ministerpräsident von Gautsch und der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern von Goluchowski sind nach Ischl zum Kaiser Franz Josef gereist.

Der Wiener Stadtrat hat beschlossen, den Mittelstandskongreß für 1907 nach Wien einzuladen.

Das norwegische Großthing tritt heute zu weiteren Beratungen über die Trennung von Schweden zusammen.

In Warschau haben erneute Verhaftungen von Sozialdemokraten stattgefunden.

Schrittmacher der Sozialdemokratie.

Durch die Zeitungen macht augenblicklich eine höchst auffällige Mitteilung über das eigentümliche Verhalten der oldenburgischen Behörden gegenüber der Revolutionspartei die Runde. Wie nämlich aus dem Jahresbericht der Handelskammer für das Großherzogtum Oldenburg hervorgeht, war der Kammer in einem Schreiben aus Brake darüber geklagt worden, daß dem dortigen, unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Konsumvereine zahlreiche Zoll-, Bahn- und Postbeamte beigetreten seien, ohne von ihrer vorgesetzten Behörde daran gehindert zu werden. Dieser Umstand gab der Kammer Veranlassung, in ihrer Sitzung vom 1. d. M. diese Angelegenheit zu erörtern. Und was geschah? Das Unglaubliche, hier ward's Ereignis: der Vertreter der oldenburgischen Staatsregierung erklärte — und der „Vorwärts" zollt ihm begeistert Beifall —, daß man bei Begutachtung dieses Gegenstandes folgende Gesichtspunkte beobachten müsse: 1. Die Mitgliedschaft von Beamten zu Vereinen sei eine Privatangelegenheit der Beamten, in welche die Staatsregierung niemals eingreifen könne; 2. Konsumvereine, auch wenn sie sozialdemokratisch geleitet würden, würden dadurch niemals politische Vereine, sondern blieben stets wirtschaftliche Vereine, und es würde ungeheuer bedenklich sein, über die Zugehörigkeit zu diesen Vereinen Vorschriften zu erlassen; 3. ein derartiges Verbot würde ganz eigenartige Konsequenzen auf anderen Gebieten haben. Es brauche nur, wenn der Vergleich auch nicht vollständig passe, eine Organisation des öffentlichen Rechts herausgegriffen zu werden, nämlich die Krankenkassen. Es sei bekannt, daß eine Reihe von Krankenkassen sozialdemokratisch geleitet würden. Die Beamten in den unteren Stellungen seien nun zum Teil verpflichtet, diesen Krankenkassen beizutreten, und es würde doch nicht möglich sein, sie von dieser Verpflichtung zu befreien.

Wenn man solche Aeußerungen hört, faßt man sich unwillkürlich an den Kopf, da es jedem mit dem einfachen Menschenverstand Begabten ganz unfaßbar ist, daß ein Regierungsbeamter eine so völlig verkehrte und schiefe Anschauung über die Sozialdemokratie, ihr Wesen und ihre Gefährlichkeit für den Staat haben, geschweige denn aussprechen kann. Als logische Folgerung jener Auffassung würde sich z. B. mit zwingender Notwendigkeit ergeben, daß die oldenburgische Staatsregierung es auch als eine „Privatangelegenheit" der Beteiligten ansehen würde, wenn etwa Beamte in Erfüllung der Zwecke derjenigen Vereine, deren Mitglieder sie sind, sich aktiv an dem Umsturz der bestehenden staatlichen Ordnung beteiligen würden. Daß die Sozialdemokratie dieses Ziel mit allen Mitteln erstrebt, weiß jedermann, und der Erreichung dieses Zieles dienen zugestandenermaßen alle sozialdemokratischen Vereine, mögen sie einen Namen tragen, welchen sie wollen. Die Zugehörigkeit eines Staatsbeamten zu einem solchen Verein bedeutet also nichts mehr und nichts weniger als eine indirekte Unterstützung der revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie auf Vernichtung des Staates, den zu stützen und für den zu kämpfen gerade eine Hauptaufgabe seiner Beamten ist. Ein Beamter darf darum unter keinen Umständen als Mitglied irgend einer sozialdemokratischen Organisation geduldet werden.

Ebenso schief ist der Vergleich der Konsumvereine mit den Krankenkassen. Einmal ist kein Beamter gezwungen, einer sozialdemokratisch geleiteten Krankenkasse beizutreten, da das Gesetz bekanntlich vorschreibt, daß für alle, einer besonderen Krankenkasse nicht angehörenden versicherungspflichtigen Personen, die Gemeinde-Krankenversicherung eintritt. Zum zweiten aber sollte gerade der Vergleich mit den Krankenkassen für eine sich ihrer Pflichten bewußten Regierung den Weg klar zeigen, den sie beschreiten muß. Denn während alle versicherungspflichtigen Personen auch irgend einer Krankenkasse angehören müssen, gibt es kein Gesetz, daß irgendwem den Zwang auferlegt, einem Konsumverein anzugehören. In Preußen und anderen Bundesstaaten sind daher die Staatsbehörden auch sehr energisch gegen die Beteiligung der Beamten an sozialdemokratischen Konsumvereinen eingeschritten, nur in Oldenburg scheint man alles daran zu setzen, das Großherzogtum mit der Zeit zu einem Paradiese für die Herren Umstürzler auszugestalten.

Noch eine Bemerkung müssen wir machen. Jene Mitteilung aus dem Jahresberichte der Oldenburger Handelskammer finden wir wiedergegeben in der von einem hochgestellten Regierungsbeamten herausgegebenen „Monatsschrift für deutsche Beamte" und daran wird der Wunsch geknüpft, daß auch andere Regierungen den Standpunkt der oldenburgischen in dieser Frage teilen möchten. Es ist bekannt, daß in den Kreisen der mittleren und unteren Beamten über die Sozialdemokratie noch die allerverkehrtesten Anschauungen herrschen, und es muß daher eine der Hauptaufgaben namentlich des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie sein, diese Köpfe heller zu machen, damit sie endlich die wahre Natur der revolutionären Sozialdemokratie und ihre Gefahr für den Bestand und die Zukunft unseres Staates, unseres Volkes und unserer Kultur erkennen lernen. Daß aber ein hochgestellter Reichsbeamter in einer von ihm geleiteten Zeitschrift solche Verwirrung stiftende Bemerkungen durchgehen läßt oder ihnen nicht wenigstens energisch widerspricht, gehört auch zu jenen Unbegreiflichkeiten, an denen unsere jetzige Zeit leider so reich ist. Wenn so etwas am grünen Holze geschieht, was soll man da erst vom dürren erwarten? Und dann wundert man sich noch, daß die schönen Reden des Herrn Reichskanzlers gegen die Sozialdemokratie und ihre Verbreitung in sauber und gefällig ausgestatteten Flugschriften so ganz und gar keinen Erfolg aufzuweisen haben.

Politische Weltschau.

Deutsches Reich. Der Kaiser und die Kaiserin wohnten gestern vormittag dem Gottesdienste in der Schloßkapelle zu Wilhelmshöhe bei. Pastor Weber predigte. Bei dem Gottesdienste trug der Verein Musica sacra aus Kassel unter Leitung des Musikdirigenten Spengler mehrere Gesänge vor. Der Kaiser sprach nach dem Gottesdienste Spengler und dem Vorsitzenden des Vereins Dr. Glaß seine große Anerkennung für die vorzüglichen Gesangsleistungen aus.

Zur Silberhochzeit des Kaiserpaares. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Se. Majestät der Kaiser und König bitten anläßlich der im Winter bevorstehenden Feier der silbernen Hochzeit des Kaiserpaares von der Darbietung irgendwelcher persönlicher Geschenke freundlichst abzusehen. Dagegen werden es Ihre Majestäten mit Freude und Genugtuung begrüßen, wenn Private, Vereine und sonstige Körperschaften das Familienfest im Kaiserhause als Anlaß benutzen wollen, um Zuwendungen zu Stiftungen zu nationalen, wohltätigen und sonstigen gemeinnützigen Zwecken zu machen.

Im Schloß von Wilhelmshöhe, woselbst der österreichische Botschafter Szögenyi und sein Gefolge einen viel bemerkten verlängerten Aufenthalt genommen haben, fand am Sonnabend mittag eine zweistündige Konferenz zwischen dem Reichskanzler Fürsten Bülow und dem Botschafter statt.

Reichskanzler Fürst Bülow ist für einige Tage nach Norderney zurückgekehrt.

Zusammenstellung der Zolltarife. Als die Arbeiten zur Fertigstellung eines neuen deutschen autonomen Zolltarifs und zur Herbeiführung neuer Handelsverträge aufgenommen wurden, wurde vom Reichsamt des Innern eine ganze Anzahl von zur Förderung der Arbeiten geeigneter Unterlagen beschafft. Dazu gehörte auch eine Zusammenstellung der Zolltarife aller Länder, die seitdem ja nach den zolltarifarischen Aenderungen im Auslande Berichtigungen und Ergänzungen erfahren hat. Mit dem Beginn der neuen handelspolitischen Aera wird diese Zusammenstellung, da verschiedene Länder ganz neue oder doch wesentlich umgestaltete Zolltarife angenommen haben, viel von ihrem Wert verlieren. Man darf aber wohl annehmen, daß, nachdem sich die Einrichtung der Zusammenstellung der ausländischen Zolltarife so gut bewährt hat, eine völlige Umarbeitung des einmal herausgegebenen Werkes stattfinden wird. Der Geschäftswelt wäre jedenfalls damit gedient.

In der Ehescheidungsklage des Prinzen Philipp von Sachsen-Koburg-Gotha gegen seine Gattin findet der erste Verhandlungstermin am 16. Oktober vor der Zivilkammer des Landgerichts zu Gotha statt.

Der Vizepräsident des Reichstags, Geheimrat Dr. Paasche, hat am Freitag seine Reise nach Deutsch-Ostafrika angetreten.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt, daß die den Rechten der Fremden in Marokko zuwiderlaufende Behandlung eines französisch-algerischen Untertanen durch die marokkanischen Behörden, die Richtigkeit der französischen Meldungen vorausgesetzt, einen Uebergriff bedeuten würde, in dessen Abweisung alle fremden Mächte sich solidarisch fühlen müßten. Die deutsche Regierung habe sofort ihren Vertreter in Fez angewiesen, zur befriedigenden Erledigung der Angelegenheit mit den Vertretern Frankreichs Hand in Hand zu gehen.

Die 18. Generalversammlung des Evangelischen Bundes findet vom 8. bis 12. Oktober in Hamburg statt. Das soeben veröffentlichte Programm weist neben einer Reihe von Mitglieder- und Delegiertenversammlungen auch 4 öffentliche Versammlungen auf, deren eine gelegentlich des am 12. Oktober geplanten Ausfluges nach Lübeck dort abgehalten werden wird. Unter den Rednern der Tagung befinden sich u. a. auch Kirchenrat D. Meyer-Zwickau und Professor D. Nippold-Jena.

Der deutsche Gastwirteverband, der Bund deutscher Gastwirte, der Verband der Gast- und Schankwirte von Berlin und Umgegend, die Berliner Gastwirte-Innung und der Verein Berliner Hotelbesitzer haben aus Anlaß der Fleischteuerung eine gemeinsame Petition an den Reichskanzler und die beteiligten Minister gerichtet. Dieselbe Petition soll auch dem Reichstag vorgelegt werden.

Die 52. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands ist gestern vormittag mit einem feierlichen Pontifikalamte im Münster zu Straßburg i. E. eröffnet worden. Um ½2 Uhr fand bei prächtigem Wetter der große Festzug der katholischen Männer-, Arbeiter- und Gesellenvereine statt, an dem sich etwa 35 500 Personen beteiligten, darunter über 23 000 aus dem Reichslande. Der Zug nahm seine Aufstellung an der Universität und ging durch die Stadt am Münster vorbei, vor dessen Portal der Bischof von Straßburg Dr. Fritzen mit dem Bischof Benzler von Metz, Weihbischof Zorn von Bulach sowie zahlreiche Prälaten und sonstige hervorragende Persönlichkeiten die Vorüberziehenden begrüßten. Der Zug dauerte über drei Stunden. Eine zahlreiche Menschenmenge aus der ganzen Umgegend hatte sich dazu eingefunden. Im Anschluß an den Festzug fanden 9 große Versammlungen der Teilnehmer des Zuges statt. Auch Abordnungen aus der Schweiz und aus Frankreich sind eingetroffen.

Ein siegreiches Gefecht in Ostafrika. Der am Freitag von Dar es Salam nach Lindi abgegangene Kreuzer „Bussard" ist noch an demselben Tage erfolgreich in Aktion getreten. Anscheinend ohne eigene Verluste hat ein an Land gesetztes Detachement die Aufständischen vertrieben. Gegen welchen Teil der Rebellen dieser erste Erfolg errungen und wie hoch er zu bewerten ist, läßt sich aus der knappen amtlichen Meldung nicht ersehen. Diese lautet: Ein Detachement von S. M. S. „Bussard" unter Oberleutnant Paasche hatte am 18. August bei Lubomgwe unweit Mwammwiki ein Gefecht mit den Aufständischen. Der Feind wurde zurückgeschlagen und floh nach Süden. — Aus Anlaß des Aufstandes in Ostafrika ist die Entsendung von 150 Mann Marineinfanterie und mehreren